

ESKALATION IM NAHEN OSTEN

DIE HOFFNUNG

Auch Europas Sache

Es gibt sehr wohl Spielraum für Diplomatie. Ein Einwurf aus Israel VON ARIEL E. LEVITE UND SHIMON STEIN



Amerikanische Tarnkappen-Kampfflugzeuge vom Typ F-35A während einer Übung am Dienstag dieser Woche

Die Tötung des iranischen Generals Soleimani war das jüngste Ereignis einer Kettenreaktion, die durch erratische Entscheidungen Präsident Donald Trumps ausgelöst wurde. Sie begann mit seinem Entschluss, aus dem Atomdeal mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) auszusteigen und »maximalen Druck« auf das Land auszuüben, ohne eine kohärente Strategie zu entwickeln. Jede seiner Entscheidungen hätte für sich genommen einen Sinn ergeben können. Aber Trumps Unilateralismus, seine Kurzsichtigkeit und Inkonsistenz haben zu einer Spirale der Spannungen mit dem Iran und seinen regionalen Verbündeten geführt; das JCPOA droht vollends zu scheitern.

Erwartungsgemäß ist der Iran nicht gesonnen, sich dem Druck der USA zu beugen. Er unternimmt vielmehr immer gewagtere Schritte, seine Verpflichtungen aus dem Nuklearabkommen zu verletzen, Einrichtungen des Westens und die seiner regionalen Verbündeten anzugreifen und seine subversiven Aktivitäten in der Region zu intensivieren.

Wie soll, wie könnte es jetzt weitergehen? Trump jedenfalls ist ebenso wenig zu einem konstruktiven Umgang mit dem Iran fähig wie mit Nordkorea. China ist heute vor allem mit einer Reihe von innenpolitischen Problemen beschäftigt. Russland hat seine Finger zwar in einer zunehmenden Zahl von Krisen im Spiel, ist aber zu eng mit dem Iran verbunden, um jetzt als Vermittler auftreten zu können. Damit ist allein Europa in der Lage, sich dem Vergeltungsterrorismus entgegenzustellen, vielleicht sogar einem schnellen Abrutschen in einen Krieg. Denn der wäre die wahrscheinlichste Folge eines iranischen Versuchs, Soleimani zu töten.

Gewiss, die EU verliert gerade ihr Mitglied Großbritannien. Auch wird sie von vielen inneren und äußeren Spannungen geplagt. Der Iran aber war das eine Thema, bei dem abgestimmte europäische diplomatische Initiativen in den vergangenen 17 Jahren durchgängig sinnvoll und in entscheidenden Momenten auch von Erfolg gekrönt waren. Europa hat ein ureigenes Interesse an stabilen Verhältnissen im Nahen Osten sowie am Wohlergehen der dortigen Bevölkerung. Und obgleich Europa nicht über die militärische Macht der USA verfügt, sind sein diplomatisches Geschick, seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und seine kulturelle Attraktivität gerade das, was jetzt gebraucht wird, um inmitten der mit dem Iran zusammenhängenden Krisen etwas Hoffnung aufzuzeichnen zu lassen.

Europa muss nun schnell und entschlossen handeln, auf den Bemühungen Präsident Macrons aufzubauen und die europäische Iran-Diplomatie wiederbeleben. Doch damit es eine Erfolgchance gibt, sowohl die iranische Zustimmung als letzt-

lich auch den Segen von Trump (vielleicht zögerlich wie einst bei George W. Bush) zu erhalten, müssen einige Grundsätze beachtet werden.

Erstens muss die europäische Bemühung drei Zeithorizonte ins Auge fassen: den unmittelbaren, den kurzfristigen und den langfristigen. Das unmittelbare Ziel müsste sein, eine explosive Eskalation zu verhindern, ausgelöst durch einen erfolgreichen iranischen Racheakt oder durch Schritte, die Zeitspanne bis zur potenziellen Produktion einer Atombombe ernsthaft zu verkürzen (die viel zitierte *breakout time*). In der nachfolgenden Phase müsste das europäische Ad-hoc-Engagement in einen diplomatischen Prozess überführt werden; das langfristige Ziel sodann wäre regionale Stabilität.

Um einen unmittelbaren diplomatischen Durchbruch zu erzielen, wäre zweitens nichts Geringeres als das persönliche Engagement auf höchster Ebene notwendig (Merkel, Macron, Johnson oder ihre Außenminister). Das Ziel wäre, im Iran und in den USA Wirkung zu erzeugen, in China und Russland Zustimmung zu erlangen sowie den Bedenken in Israel, Saudi-Arabien und den anderen Golfstaaten zu begegnen.

Drittens ist direkt anschließend ein umfassenderes Programm nötig, bestehend aus drei Körben von Themen, die der internationalen Gemeinschaft große Sorge bereiten: die Region, die Nuklearfrage und die Raketen. Die Menschenrechtsfrage ist nicht weniger wichtig, bedürfte aber einer längerfristigen Anstrengung. Bescheidene Fortschritte auf allen diesen vier Gebieten könnten die Zeit bis nach den amerikanischen und iranischen Wahlen im Frühjahr 2021 überbrücken, um danach das ferner liegende Ziel einer dauerhaften Beilegung des Streits anstreben zu können.

Und schließlich müssen die diplomatischen Bemühungen alle Merkmale eines echten kritischen Dialogs aufweisen. Um die aggressiveren iranischen Führungskreise dazu zu zwingen, die europäische Initiative ernst zu nehmen, und gleichzeitig ein ausreichendes Interesse der USA zu wecken, muss Europa zwei seiner stärksten Trümpfe ausspielen: seine Bereitschaft, dem Iran eine wirtschaftliche Rettungsleine anzubieten, wenn er den europäischen Forderungen nachkommt, in Verbindung mit der Drohung, sich anderenfalls der US-Politik des Drucks anzuschließen. Ebenso sollte Europa anbieten, sich intensiver um eine Normalisierung der Beziehungen zum Iran zu bemühen, oder umgekehrt damit drohen, diese Bemühungen einzustellen, wenn der Iran an einem innenpolitischen und regionalen Verhalten festhält, das den europäischen Werten und Interessen abträglich ist. Selbst die extremeren Ajatollahs in der iranischen Führung dürften nur ungern riskieren, ihre stolze Nation weiter zu isolieren, jetzt, wo die Erhaltung ihrer Macht durch innere Proteste bereits stark infrage gestellt ist.

Die volltönenden Ankündigungen, Amerika zu bestrafen, mögen innenpolitisch nützlich sein. Doch das Regime ist risikobewusst. Es dürfte wissen, dass es sich Aktionen nicht leisten kann, die eindeutig seine Handschrift tragen, das Leben von Amerikanern kosten und massive Vergeltung nach sich ziehen. Eher werden sie sich auf Cyberattacken verlegen, auf maßvolle Steigerung der Urananreicherung sowie auf Angriffe ihrer Hilfstruppen gegen die Ölversorgung, gegen US-Alliierte am Golf sowie gegen Israel - maskiert als Ausdruck des Zorns in der Region wegen der Tötung Soleimani. Folglich muss die europäische Diplomatie diese Bedrohungen gleich jetzt zum Thema machen. Von der Führung des Iran ist zu verlangen, die Aktivitäten der Revolutionsgarden und schiitischen Milizen außerhalb seiner Grenzen zu unterbinden. Ein längerfristiges Ziel wäre es, den Iran in einen Prozess der Errichtung einer umfassenderen kooperativen Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten einzubinden.

Gemäß dieser Deeskalationslogik ist vom Iran zu fordern, die Urananreicherung wieder an den Rahmen des JCPOA zu binden sowie die Fragen zu beantworten, die aus Sicht der Internationalen Atomenergieagentur IAEA offenstehen. Am wichtigsten ist es, dass jede langfristige Vereinbarung die iranische Anreicherungsaktivität an einen einvernehmlich festgestellten Bedarf knüpft, die ausschließlich einheimische Anreicherungstätigkeit beendet und das Land letztlich dazu bringt, seine früheren Bestrebungen zur Herstellung von Atombomben offenzulegen.

Noch dringlicher ist das Raketenproblem, denn darin steckt ein ernsthaftes Eskalationspotenzial. Hier muss Europa auf die Einhaltung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates pochen, damit die Entwicklung nuklearfähiger Raketen sofort eingestellt wird. Darüber hinaus ist Teheran aufzufordern, die Stationierung von Langstreckenkapazitäten in der Region unverzüglich einzustellen und auf weitere Tests und die Weitergabe weitreichender Raketen an seine regionalen Verbündeten zu verzichten. Die längerfristige Agenda sollte ein dauerhaftes Verbot der Entwicklung neuer ballistischer Flugkörper und Marschflugkörper mit einer Reichweite von mehr als 1000 Kilometer sowie des Exports und der Stationierung von Raketen in anderen Ländern beinhalten - ein Verbot, das auch in einer regionalen Vereinbarung verankert sein könnte.

Nicht zuletzt ist die Menschenrechtsbilanz des Iran düster. Hier muss Europa das innenpolitische Verhalten des Regimes explizit an die Belohnungen knüpfen, die es im Gegenzug für eine Mäßigung seines Verhaltens in den anderen Bereichen begehrt. Dem Iran muss zu verstehen gegeben werden, dass Europa willkürliche Inhaftierungen von Europäern und wahllose Gewalt gegen friedliche Demonstranten nicht tolerieren kann. Europas längerfristiges Ziel sollte es sein, einen Wandel des iranischen Regimes

zu unterstützen, bis die Regierung des Landes mit der eigenen Bevölkerung respektvoller und verantwortlicher umgeht. Eine solche Bemühung kann aber nur Teil eines langfristigen Programms sein.

Letztlich hängt eine tragfähige Rolle der europäischen Diplomatie von zwei Faktoren ab: erstens von ihrer Fähigkeit, der iranischen Führung ihre Entschlossenheit mit Nachdruck zu vermitteln. Und zweitens von ihrer Fähigkeit, dem Iran vor allem kurzfristig sinnvolle Hilfe zu leisten (Kreditgarantien, Ölexportoptionen), um seine gegenwärtige Notlage zu lindern und ihn zu ermutigen, die EU-Diplomatie ernst zu nehmen. Die Voraussetzung dafür ist natürlich, dass Europa in diesem Jahr eine hinreichend enge Beziehung zu Präsident Trump unterhält, um sich einen gewissen Spielraum für Geber- und Nehmerdiplomatie mit dem Iran zu verschaffen.

ANZEIGE

DIE FASZINATION DES BÖSEN

JETZT AM KIOSK!

Hier mit Rabatt bestellen:
www.zeit.de/abo-verbrechen

Eindeutig eine schwierige Aufgabe. Doch Europa kann auf den Unwillen beider Parteien, in eine offene militärische Konfrontation abzugleiten, ebenso bauen wie auf deren Interesse, sich nicht bei ihren eigenen Bevölkerungen durch außenpolitische Abenteuer und deren hohen Preis unbeliebt zu machen. Für Europa ist eine entschiedene, aktive Iran-Politik sowohl eine dringende Notwendigkeit als auch eine Chance, seinen diplomatischen Scharfsinn wieder zur Geltung zu bringen und zu zeigen, was es auf der Weltbühne im Interesse der Sicherheit zu leisten vermag.

Aus dem Englischen von Michael Adrian



Ariel E. Levite

ist ein Senior Fellow des Carnegie Endowment's Nuclear Policy Program und ein ehemaliger hoher israelischer Beamter für nationale Sicherheit



Shimon Stein

ist Senior Fellow am Institute for National Security Studies (INSS) an der Universität Tel Aviv und ehemaliger israelischer Botschafter in Deutschland